

John Helmer: Ukraine heute, Naher Osten morgen?

Vollständiges Interview ansehen: [https://www.youtube.com/live/SVN6F-3rZIM?](https://www.youtube.com/live/SVN6F-3rZIM?is=wfNca31duhxErYEL)

is=wfNca31duhxErYEL Folge mir: Substack: [https://substack.com/@dialogueworks?](https://substack.com/@dialogueworks?utm_campaign=profile&utm_medium=profile-page)

utm_campaign=profile&utm_medium=profile-page X (Twitter): https://x.com/Dialogue_NRA

Patreon: [https://patreon.com/Dialogueworks?](https://patreon.com/Dialogueworks?utm_medium=unknown&utm_source=join_link&utm_campaign=creatorshare_creator&utm_content=)

utm_medium=unknown&utm_source=join_link&utm_campaign=creatorshare_creator&utm_content=

#Nima

Ihre Sicht auf das, was bei Wladimir Putin passiert, ist ja etwas anders, würde ich sagen. Sie haben mir erzählt, dass Putin mit einer Art Vertrauenskrise zu tun hat. Was genau meinen Sie damit? Und wie schätzen Sie die aktuelle Lage im Krieg in der Ukraine ein – und warum beschreiben Sie sie so? Wir wissen, auf der einen Seite hat Wladimir Putin seine eigenen Leute, zum Beispiel Kirill Dmitriew. Ich weiß nicht, ob es derzeit irgendwelche Verhandlungen zwischen den beiden Seiten gibt, aber falls es welche gibt, ist er dafür verantwortlich. Und auf der anderen Seite haben wir Lawrow, der seine eigene Sicht auf die Dinge hat. Aber bevor wir darauf eingehen – wie verstehen Sie, was gerade bei Wladimir Putin passiert, und wie er selbst den Krieg sieht?

#John

Danke für die Frage. Zuerst einmal: Das ist nicht meine Interpretation. Ich versuche, möglichst genau wiederzugeben, was meine Quellen aus verschiedenen Bereichen der Regierung und der Politik in Moskau denken. Immer öfter sagen sie auch offen, was sie wirklich denken. Fangen wir ganz am Anfang mit der öffentlichen Meinung an. Der Angriff auf das Wohnheim in Starobelsk, bei dem einundzwanzig junge Frauen und ihre Lehrerinnen getötet und mehr als vier weitere verletzt wurden, hat – nach ukrainischer Einschätzung – die Vorstellung ausgelöst, dass die öffentliche Meinung in Russland dem Präsidenten weniger Rückhalt geben könnte. Man rechnet damit, dass das Vertrauen in Putin weiter sinkt, je näher die Wahl rückt. Die Wahl wird sich über mehrere Tage Mitte September erstrecken. Bis zum einundzwanzigsten September werden wir eine neue Zusammensetzung im Parlament haben.

Die Unterstützung für die Oppositionsparteien – also die Kommunistische Partei, die Liberaldemokratische Partei und andere – wächst auf Kosten der Regierungspartei. Wenn wir uns die öffentliche Meinung anschauen, dann ist tatsächlich das Gegenteil von dem passiert, was die Ukraine erwartet hatte. Die neuesten Umfragen des Lewada-Zentrums, durchgeführt zwischen dem zwanzigsten und achtundzwanzigsten Mai, zeigen, dass die Zustimmung in der Bevölkerung für eine Eskalation gegen das ukrainische Regime und für den Versuch, den Krieg schnell zu beenden,

zunimmt. So denkt die öffentliche Meinung. Auf der anderen Seite haben wir Präsident Putin, der erklärt hat, dass seine Vergeltung nach Starobelsk den Ereshnik betraf. Aber was hat Präsident Putin auf seiner Pressekonferenz gesagt? Er hat das, was die öffentliche Meinung von ihm erwartet, heruntergespielt.

Warum hat er das gesagt? Dass der Ereshnik auf nichts gezielt habe – weder auf Entscheidungszentren, noch auf eine systematische und konsequente Eskalation gegen die ukrainische Führung, die Kommandostruktur oder die militärische Leitung. Stattdessen, so sagte er, sei der Ereshnik abgefeuert worden, um getestet zu werden – mit mathematischer Präzision –, wie die Sprengköpfe wirken. Mit anderen Worten: Er hat das heruntergespielt, was die öffentliche Meinung eigentlich erreichen wollte. Das ist der Ereshnik. Schauen wir uns ein paar andere Beispiele an. Die öffentliche Meinung – das bin nicht ich. Ich berichte seit Jahren darüber, was die russischen Oligarchen getan haben, um Russlands Kontrolle über seine eigenen Ressourcen zu schwächen. Die öffentliche Meinung ist da ganz eindeutig: Die Russen verabscheuen die Oligarchen. Sie unterstützen die russische Armee. Und die stabile Unterstützung für Präsident Putin hängt direkt mit den Erfolgen der russischen Armee auf dem Schlachtfeld zusammen.

Aber die Oligarchen werden als Feinde gesehen. In den letzten Tagen hat sich das noch verstärkt. Die russische Öffentlichkeit sieht Russland zunehmend einer Eskalation des Krieges durch die Vereinigten Staaten und die NATO-Mächte gegenüber. Wenn die Oligarchen also so wahrgenommen werden, mit so viel Misstrauen und Ablehnung in der öffentlichen Meinung, dann erzähle ich hier nichts Neues. Aber warum hat Präsident Putin dann einen Oligarchen, nämlich Roman Abramowitsch, geschickt, um mit dem Selenskyj-Regime, mit Selenskyj selbst, zu verhandeln? Warum hat er das getan? Er hat das vor ein paar Tagen auf einer Pressekonferenz in Sankt Petersburg anders erklärt, am Ende der letzten Woche. Er hat Abramowitsch dabei nicht namentlich erwähnt – das sollten die Ukrainer tun.

Aber Präsident Putin sagte, der Geschäftsmann, der hingegangen ist, sei vertrauenswürdig und ehrenhaft. Nun, in der öffentlichen Meinung in Russland denkt niemand so über Roman Abramowitsch. Als Selenskyj die Details der Verhandlungen mit Abramowitsch berichtete, wurde klar, dass Abramowitsch ein Mandat vom Präsidenten hatte, um über verschiedene Punkte zu verhandeln – und Selenskyj hat sie alle abgelehnt. Diese Ablehnung machte Abramowitsch zu einer Art Bumerang, zu einem Angriff auf Präsident Putin und auf die russische Verhandlungsstrategie. Die ganze Episode erinnert – und sollte erinnern – und erinnert tatsächlich die russische Bevölkerung, Analysten, Leute wie mich als Reporter. Und wenn das unser Publikum überrascht, dann muss es verstehen, dass die Russen die Dinge einfach anders sehen.

Abramowitsch bekam von Präsident Putin die Hauptrolle bei den ursprünglichen Verhandlungen in Istanbul im März und April zweitausendzweiundzwanzig. Die Türken behandelten Abramowitsch im Verhandlungsraum, als hätte er einen höheren Rang als die offizielle russische Delegation. Abramowitsch war ein Fehlschlag, wenn es darum ging, im Namen des russischen Staates zu verhandeln. Es ist offensichtlich, dass er in erster Linie für sich selbst verhandelt hat – um sich und

sein Vermögen in den Vereinigten Staaten vor Sanktionen zu schützen. In der Öffentlichkeit gibt es kein Vertrauen in Abramowitsch. Also, warum wurde er überhaupt geschickt? Das kann keine Initiative von Abramowitsch selbst gewesen sein. So etwas passiert in der Politik, in der Diplomatie, einfach nicht. Aber Abramowitsch ist nicht der einzige Oligarch, den der Präsident einsetzt.

Kirill Dmitriev – du hast ihn erwähnt, Nima. Wer bezweifelt, dass es eine Vertrauenskrise um Präsident Putin gibt, sollte sich fragen: Wie viel Vertrauen habt ihr, die Zweifler, eigentlich in Dmitriev? Dmitriev behauptet, er telefoniere ständig mit Witkoff und Jared Kushner, um zu verhandeln. Man muss nur auf seinen Twitter-Account gehen. An manchen Tagen veröffentlicht er fast stündlich neue Tweets. Im Moment ist er überzeugt, dass die britische Regierung kurz vor dem Zusammenbruch steht und es eine Revolution im Vereinigten Königreich geben wird. Er glaubt, dass in Deutschland dasselbe passiert. Sein Verständnis von Europa ist völlig verkehrt. Aber lassen wir das mal beiseite.

Seine eigentliche Rolle ist, die Interessen der russischen Oligarchen im Auftrag von Präsident Putin zu vertreten – er verhandelt mit Trump, direkt mit Witkoff. Witkoff und Kushner rufen dann, nachdem sie mit Dmitriev telefoniert haben, Selenskyj an. Das alles ist öffentlich. Ich erfinde das nicht. Und da stellt sich die Frage – das ist die eigentliche Vertrauenskrise. Erstens: Was wurde erreicht, wenn Präsident Putin Oligarch Nummer eins nach Kiew schickt? Nichts. Im Gegenteil, es ist negativ. Es untergräbt Putins Glaubwürdigkeit. Zweitens: Was wird erreicht, wenn Kirill Dmitriev mit den Amerikanern über die Ukraine verhandelt? Ich würde sagen, die russische Öffentlichkeit würde sagen, der Sicherheitsrat würde sagen, und wie Sie erwähnt haben, auch Außenminister Lawrow hat gesagt: Er hat nichts erreicht. Also, lassen Sie mich diese etwas lange Antwort mit einem Hinweis auf die sogenannte Anchorage-Formel abschließen.

Und ich lade unser Publikum ein, besonders diejenigen, die bezweifeln, was ich hier berichte: Lesen Sie die letzten beiden Artikel auf „Dances with Bears“. Dort sehen Sie im Detail, was Putin, Lawrow, Dmitriev, Abramowitsch und sogar Selenskyj sagen. Was meinte Präsident Putin, als er neulich von der sogenannten „Anchorage-Formel“ sprach? Er sagte auf der Konferenz in Sankt Petersburg – laut dem Bericht des Kremls gab es dafür Applaus – wir sind Donald dankbar, Präsident Putin nennt ihn beim Namen, für seine Bemühungen seit Anchorage. Was war also diese Anchorage-Formel, so wie Putin sie erklärt hat? Die Antwort: Putin ist der Ansicht, dass Präsident Trump angeboten und vorgeschlagen hat, die Vereinigten Staaten würden künftig die Sicherheit Russlands in Europa garantieren. Das ist ein sehr weitreichendes Versprechen. Präsident Putin hat das im August geglaubt und nennt es die Anchorage-Formel.

Das Weiße Haus hat den Begriff „Anchorage-Formel“ nie verwendet. Seitdem – was wurde eigentlich erreicht? Welche Belege gibt es dafür, dass man Trump zutrauen kann, eine Sicherheitsgarantie für Russland in Europa zu liefern? Die Antwort lautet: Kein einziger mir bekannter russischer Vertreter – weder aus der Öffentlichkeit, der Regierung, den Geheimdiensten, dem Generalstab noch aus dem militärischen Planungsapparat – glaubt, ob privat oder öffentlich, dass die USA irgendetwas getan hätten, wirklich irgendetwas, um auch nur den Anschein zu erwecken, sie könnten eine

glaubwürdige Sicherheitsgarantie für Russland in Europa geben. Stattdessen sehen wir, dass Trump in Armenien weiter eskaliert. Trump hat die Wahl von Nikol Paschinjan, dem Premierminister Armeniens, unterstützt. Er wurde am Sonntag mit fast fünfzig Prozent der Stimmen gewählt. Die westliche, antirussische Presse behauptet, Russland habe in diese Wahl eingegriffen. Sie erwähnt aber nicht, dass Trump es ebenfalls getan hat.

Ja, Russland wird bei der Wahl am Sonntag von zwei armenischen Parteien unterstützt, die gegen Paschinjans fünfzig Prozent antreten. Kocharyan und Karapetyan haben zusammen ungefähr dreiunddreißig Prozent erreicht. Karapetyan liegt, glaube ich, irgendwo in den Zwanzigern, Kocharyan in den Zehnern – also etwa dreiunddreißig Prozent für die sogenannten russischen Parteien. Samvel Karapetyan hat in Moskau ein Milliardenvermögen gemacht, ist nach Armenien zurückgekehrt und steht im Moment unter Hausarrest. Das Wahlergebnis wurde manipuliert, daran besteht kein Zweifel, von den Amerikanern – und sie haben gewonnen. Für das armenische Volk hat Präsident Putin in mehreren langen, ausführlichen Reden in der vergangenen Woche eine Reihe wirtschaftlicher Anreize angeboten. Er hat dabei nicht erwähnt, was viele Russen, die ich kenne, für selbstverständlich halten: dass die USA versuchen, Armenien zu einer neuen Ukraine-Plattform zu machen, um Russland anzugreifen und die Russische Föderation vom Kaukasus aus zu zerschlagen.

Und wenn das noch nicht überzeugt, was Trumps eigentlicher Plan in Bezug auf Russland an der Südfrent ist ... Du weißt das ganz genau, Nima, und auch unser Publikum weiß, was die USA im Süden Russlands mit Iran vorhaben. Wenn man den Iran-Krieg aus russischer Sicht betrachtet, dann geht es Trump nicht nur darum, das Regime im Iran zu stürzen, sondern Iran als unabhängigen Staat zu zerstören. Verstehst du? Also, wenn man glaubt – so wie es die russischen Oligarchen gerne glauben möchten, wie Kirill Dmitriev darauf besteht und wie Präsident Putin selbst letzte Woche in Sankt Petersburg vor internationalen Geschäftsleuten gesagt hat –, dass er, Präsident Putin, und Russland überzeugt sind, Trump biete eine dauerhafte Garantie für Russlands Sicherheit in Europa in der Zukunft ... ja, was zeigt dann die Realität? Sie zeigt genau das Gegenteil.

Also, was Außenminister Lawrow gesagt hat – und ich zitiere das jetzt einfach, damit die Zweifler, die mir nicht glauben wollen, sich direkt an Außenminister Lawrow wenden können. Der übrigens einen armenischen Vater hat und sehr genau weiß, wie die Dinge in Armenien laufen. Also, zitieren wir Lawrow, und dann halte ich den Mund. Zitat: „Wenn wir“, sagt Lawrow, „am Montag über die Verhandlungen sprechen, die erst vor Kurzem, fast vor einem Jahr, im August zweitausendzwanzig in Anchorage stattfanden, dann hat Präsident Wladimir Putin, im Geist des Entgegenkommens, einen ganz konkreten Vorschlag von Präsident Trump angenommen. So endeten die Verhandlungen. Ich hoffe sehr, dass sich die Erfahrungen früherer Fehlschläge, als der Westen sich weigerte, seine eigenen, von ihm unterstützten Vereinbarungen einzuhalten, nicht im Zusammenhang mit der Vereinbarung in Alaska wiederholen werden.“

Aber hier liegt das Problem. Bisher, so sagt Lawrow leider, haben unsere amerikanischen Partner keinerlei Interesse daran gezeigt. Wir sind allerdings sehr besorgt über die Aussage von Außenminister Blinken, der kürzlich bei einer Anhörung im Kongress gesagt hat, die Vereinigten

Staaten könnten nicht als Vermittler auftreten, weil sie die Ukraine unterstützen. Deshalb fällt es mir schwer, etwas zur Aussicht auf Verhandlungen zu sagen. Genau diese Formulierung hat auch Wassili Nebensja, der russische UN-Botschafter, in den letzten Stunden wiederholt. So ist die Lage. Wenn ein Fall so öffentlich gemacht wird, wie es Lawrow und Nebensja getan haben, dann gibt es keine sogenannte Anchorage-Formel. Und es gibt auch kein Vertrauen in die Amerikaner, also in die Regierung Trump, wenn es darum geht, Russland in Europa Sicherheitsgarantien zu geben.

Und wenn wir das Beispiel Armenien heranziehen – also die Eskalation der USA an einer neuen Front, ganz abgesehen von der Wiederbewaffnung Deutschlands, der Stationierung von Atomwaffen in Finnland und so weiter, ohne diese US-Maßnahmen überhaupt zu erwähnen – dann zeigt sich eine Vertrauenskrise, die Präsident Putin offenbar nicht anerkennt. Er versteht nicht, oder will es nicht öffentlich zugeben, dass weder die öffentliche Meinung noch das Militär, noch der Sicherheitsrat oder das Außenministerium an die sogenannte Anchorage-Formel glauben. Keiner von ihnen hält es für patriotisch, national oder auch nur praktisch, Oligarchen mit Geschäftsinteressen in den Vereinigten Staaten für Russland verhandeln zu lassen.

#Nima

John, wissen wir, ob es innerhalb der Putin-Regierung irgendeinen Unterschied gibt – also zum Beispiel zwischen dem russischen Außenminister und vielleicht den Teilen der Regierung, die versuchen, irgendwie mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln? Gibt es da innerhalb der Administration Unterschiede, und, ich weiß nicht, ob Lawrow vielleicht diese Haltung unterstützt? Du hast ja erwähnt, dass die Menschen in Russland von der Regierung fordern, den Krieg zu eskalieren und ihn auf dem Schlachtfeld zu beenden, statt zu verhandeln oder solche Gespräche zu führen. Wer unterstützt das eigentlich innerhalb der Putin-Regierung?

#John

Tut mir leid, das hab ich nicht ganz verstanden.

#Nima

Wer unterstützt eigentlich die Haltung, den Krieg auf dem Schlachtfeld zu gewinnen, statt mit der Biden-Regierung oder irgendjemandem aus dem Westen zu verhandeln?

#John

Also, zunächst einmal zeigt die neueste Meinungsumfrage...

#Nima

Nein, ich rede von den Leuten in der Regierung. Ich weiß, dass die Öffentlichkeit das unterstützt.

#John

Genau. Also, was man im Grunde genommen hat, ist, dass sich um Präsident Putin herum bestimmte Fraktionen gebildet haben. Besonders wichtig ist dabei der Finanzminister, Anton Siluanow, der jetzt für den Neujahrs-Haushalt verantwortlich ist. Russland arbeitet mit einem jährlichen Haushaltszyklus, genau wie die Vereinigten Staaten. Ich spreche da aus Erfahrung, als jemand, der früher im US-amerikanischen Office of Management and Budget gearbeitet hat. Ich weiß also, wie dieser Zyklus funktioniert. Und im Grunde läuft das in jedem Land ähnlich ab. In den USA stehen wir jetzt vor der sogenannten Herbstprüfung. Das ist die Phase, in der alle Behörden zusammen mit dem Haushaltsamt entscheiden müssen, welche Mittel im kommenden Jahr ausgegeben werden sollen.

Das ist ein sehr schwieriger Moment, und er fällt sowohl in Russland als auch in den Vereinigten Staaten in eine Wahlperiode, in der die Wählerinnen und Wähler den amtierenden Regierungen zunehmend kritisch gegenüberstehen. Was Siluanow also gerade offengelegt hat, bedeutet im Haushaltskontext Folgendes: Das Finanzministerium hat für das nächste Jahr, also für den nächsten Staatshaushalt, erklärt, dass es eine Entscheidung geben muss – eine Entscheidung des Präsidenten. Entweder werden die Ausgaben für Verteidigung, Militär und Sicherheit erhöht, oder das Haushaltsdefizit wird verringert, indem die Militärausgaben gekürzt werden. Und wenn die russische Seite ihre Militärausgaben steigern will, dann muss das auf Kosten des Sozialwesens geschehen – also auf Kosten von Gesundheit, medizinischer Versorgung, Bildung, Subventionen für die Wirtschaft in Form von vergünstigten Krediten und anderen Vorteilen, Subventionen für die Landwirtschaft und so weiter.

Mit anderen Worten sagt das Finanzministerium: Entscheidet euch jetzt – entscheidet euch dafür, mehr Geld fürs Militär auszugeben, um den Krieg zu beenden und Russland gegen seine Angreifer zu sichern. Wenn ihr das wollt, müsst ihr den Haushalt ausgleichen. Das ist ihr Prinzip: Der Haushalt muss ausgeglichen sein, also müssen die Sozialausgaben gekürzt werden. So etwas zu Beginn eines Wahlkampfes zu sagen, wäre für die meisten Politiker politischer Selbstmord. Aber das Finanzministerium hält an dieser Linie fest: den Haushalt kürzen, zugunsten des Militärs. Dieselbe Haltung zeigt, wie schon oft erwähnt, auch die Chefin der russischen Zentralbank, Elvira Nabiullina. Ihre Politik zielt nicht nur darauf ab, das Haushaltsdefizit niedrig zu halten, sondern es zu verringern – als würde Russland wie ein Unternehmen geführt, das seine Kosten senken und seine Gewinne steigern muss.

Ihre Linie war immer: Wir müssen die Inflation kontrollieren, wir müssen sie senken, wir müssen die Zinsen erhöhen. Und genau das hat, wie wir heute wissen, zu einer Rezession geführt. Präsident Putin will das bestreiten, aber die Menschen in Russland wissen es, die Wirtschaft weiß es – Russland steckt derzeit in einer Rezession. Das ist eine etwas lange Erklärung dafür, dass wir eine Zentralbankchefin haben, die von Präsident Putin geschützt wird. Und jetzt steht die Entscheidung an: Entweder wird ihre Amtszeit im nächsten Jahr auf eine rechtlich fragwürdige Weise verlängert,

also durch eine Gesetzesänderung, oder wir bekommen den Finanzminister, das Haushaltsverfahren – und dahinter stehen verschiedene Oligarchenfraktionen. Viele von ihnen sind mit der Zinspolitik überhaupt nicht zufrieden.

Daran gibt es keinen Zweifel, und sie sagen das auch ganz offen. Ihr Vertreter, Alexander Schokhin, der lange ihr wichtigster Lobbyist war, wurde kürzlich von Präsident Putin offiziell als gesetzlicher Sprecher für die gesamte Wirtschaft im Land anerkannt. Man muss also sehen: Es gibt eine Wirtschaftsfraktion – nennen wir sie Oligarchenwirtschaft, nicht Kleinunternehmen – die sich gegen den Krieg mobilisiert. Nur sagen sie das nicht so direkt. Sie treten mit zwei, sagen wir, nationalen Parolen auf: Haushaltsdefizit senken und Inflation senken. Das sind ihre Schlagworte, okay? Wenn man diese Parolen hört, sieht man, dass diese Fraktion, im Grunde von den Oligarchen gesteuert, auf ein Ende des Krieges drängt. Daher kommt auch Putins Unterstützung für die sogenannte Anchorage-Formel.

Was ich hier sagen will, ist Folgendes: Wenn Präsident Putin – und das war schon immer seine Art, Entscheidungen zu treffen, während seiner gesamten Amtszeit und eigentlich sein ganzes Leben lang – wenn er also mit so grundlegend gegensätzlichen Ansichten konfrontiert wird, dann gibt es auf der einen Seite, nennen wir sie mal die anti-kriegsorientierte, business-as-usual, pro-amerikanische Fraktion. Die kommt aus bestimmten Bereichen der Wirtschaft und wird in der Regierung vor allem von der Zentralbank und dem Finanzministerium unterstützt. Wenn er diese Stimmen hört, möchte er ihrer Linie folgen. Aber dann hört er die andere Fraktion. Außenminister Lawrow spricht öffentlich – er ist zwar nicht der mächtigste außen- oder sicherheitspolitische Entscheidungsträger –, doch wenn er solche Dinge öffentlich sagt, dann spiegelt er den Konsens der Geheimdienste wider. Vor allem von Admiral Kostjukow, dem Chef des GRU, also des militärischen Nachrichtendienstes, vom FSB, vom militärischen Oberkommando, vom Generalstab und vom Verteidigungsministerium. Diese Gruppe, zusammen mit Dmitri Medwedew, dem ehemaligen Präsidenten und Sprecher des Sicherheitsrats, bildet die gegnerische Fraktion.

Okay, das ist also die Aufstellung der Fraktionen. Und Putins Stil, das war sein ganzes politisches Leben lang so, besteht darin, immer wieder zu versuchen, zwischen zwei völlig gegensätzlichen Lagern zu vermitteln und ein Gleichgewicht herzustellen. Er macht halbe Sachen – eine Hälfte für die eine Seite, die andere für die andere. Wenn man das tut, kann man politisch oft Erfolg haben. Aber nicht, wenn man einen Krieg führt, der so entscheidend ist wie der in der Ukraine, gegen die gesamte Macht der NATO und der Vereinigten Staaten. Das bedeutet, die andere Seite – also die Gegenseite – schaut keine Podcasts. Sie müssen uns nicht zuhören, und sie werden es auch nicht tun. Sie sind anderer Meinung. Sie halten Präsident Putin für wankelmütig, unentschlossen und schwach. Und sie glauben, dass sie durch eine Eskalation Chaos und Verwirrung in der russischen Öffentlichkeit stiften können. Aber das passiert nicht.

Sie glauben, sie könnten in St. Petersburg symbolische Drohnenangriffe durchführen, genau dann, wenn dort die internationale Wirtschaftskonferenz stattfindet – um zu zeigen, dass sie tief nach Russland hineinreichen können. Sie denken, sie könnten den Krieg, wenn nötig, ewig fortsetzen. Das

ist ihre Sichtweise. Präsident Putins Unentschlossenheit ist keine echte Unentschlossenheit. Er trifft widersprüchliche Entscheidungen und versucht, sie während dieses Wahlkampfs miteinander auszubalancieren. Wenn man das versucht – so wie er es seit zweitausendvierzehn mit der Ukraine getan hat – landet man bei der sogenannten speziellen Militäroperation. Und wenn er das am Wochenende mit Armenien versucht, sagen die Amerikaner: Wir haben die militärischen Mittel. Die Europäer sagen: Wir haben die finanziellen Mittel, um Armenien von den Russen zu lösen. Und sie werden es tun. Das ist die Vertrauenskrise.